

## Der Widerstand wächst

Der Widerstand gegen die Erdgasbohrungen, die die österreichische Rohölaufsuchungsgesellschaft (RAG) in Mauerkirchen am Langbürgener See plant, wächst und wächst: 6200 Bürger aus der Region haben sich in Unterschriftenlisten der neuen Bürgerinitiative (BI) "Chiemgauer Seenplatte - gegen Gasbohren" eingetragen.

Bernau - Auf der "Chiemseekonferenz", die der Abwasser- und Umweltverband (AUV) Chiemsee gestern in Bernau veranstaltete, übergab Josef Mayer, Rimstings Bürgermeister und Vorsitzender des AUV, die Unterschriften an Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber. Für den Fall, dass die RAG ein Genehmigungsverfahren beantragt, kündigte der Minister an, "sehr, sehr genau" zu überprüfen, ob die wasser- und umweltrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Als Thema für die "Chiemseekonferenz", die alle zwei Jahre stattfindet und Vertreter aus den Gemeinden und den Interessenverbänden am Bayerischen Meer zusammenführt, hatte der AUV ausgegeben, eine Bestandsaufnahme 20 Jahre nach den wegweisenden Beschlüssen von Rio in Sachen Nachhaltigkeit - Die Frage in Bernau lautete: "Was bewegt sich?" - vorzunehmen. Doch überlagert war die Zusammenkunft von den Diskussionen um die geplanten Erdgasbohrungen.

Vor dem Beginn der Konferenz im Gasthaus "Kampenwand" hatten die Vertreter der mittlerweile drei Bürgerinitiativen, die gegen die Bohrungen kämpfen, eine Mahnwache vor dem Gasthaus gehalten. Auf Transparenten äußerten sie ihre Kritik an den Plänen der österreichischen Firma, die Erdgaslagerstätte, die sie unter dem Langbürgener See vermutet, zu erschließen. An die Besucher der Konferenz verteilten sie Flugblätter. Eine mögliche Gasförderung, so die Gegner des Projektes auf ihrem Handzettel, gefährde die Trinkwasserversorgung für etwa 30000 Einwohner. Der Hintergrund: In unmittelbarer Nähe zur geplanten Bohrstelle liegen mehrere Brunnen.

Für den Protest der Bevölkerung zeigte der AUV-Vorsitzende Mayer in der Konferenz, wie er sagte, "viel Verständnis". Die Bohrungen seien am Rande des Naturschutzgebietes geplant. Die Bevölkerung sei "sehr skeptisch" und befürchte eine Verunreinigung ihres Trinkwassers. "Muss das alles sein?", fragte Mayer. Und im gleichen Atemzug gab er die Antwort: "Ich glaube nicht."

Die Kritiker befürchten vor allem auch, dass das in anderen Ländern praktizierte "Fracking", eine Methode zur Erdgasgewinnung unter Einsatz von Chemikalien, am Langbürgener See zur Anwendung kommt. "Hier in Bayern wird es kein Fracking geben, solange ich in diesem Ministerium zu tun habe", betonte Dr. Huber.

Der Minister machte aber keinen Hehl daraus, dass er "hier und heute" nicht sagen könne, dass die Bohrungen nicht stattfinden. Schließlich sei Bayern ein Rechtsstaat. Und so müsse das Verfahren abgewartet werden. Bislang habe die RAG noch keine Genehmigung nach dem Bergrecht beantragt. Wenn die Firma jedoch an das Wirtschaftsministerium herantrete und das Verfahren beginne, dann werde das Umweltministerium die Einhaltung der "sehr genauen Regelungen" überwachen. Das Wasser- und das Umweltrecht "genießen höchste Priorität in meinem Hause", so Huber.

In der Diskussion meldete sich dann unter anderem Karl Lindner von der BI "Chiemgauer Seenplatte" zu Wort. Am westlichen Teil des Chiemsees, vor allem im Bereich der Eggstätt-Hemhofer Seenplatte, herrsche zurzeit "Aufruhr und große Sorge". Und weiter: "Wir Bürger der Gemeinden Bad Endorf, Breitbrunn, Eggstätt, Prien, Rimsting, Seon-Seebruck fürchten um unser Trinkwasser, das wichtigste Lebensmittel - und das kommt aus dem Bereich der Seenplatte."